

Antrag

der Abgeordneten Dr. Rainer Stinner, Dirk Niebel, Daniel Bahr (Münster), Rainer Brüderle, Ernst Burgbacher, Jörg van Essen, Ulrike Flach, Otto Fricke, Hans-Michael Goldmann, Dr. Christel Happach-Kasan, Ulrich Heinrich, Dr. Werner Hoyer, Jürgen Koppelin, Sibylle Laurischk, Harald Leibrecht, Markus Löning, Günther Friedrich Nolting, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Eberhard Otto (Godern), Detlef Parr, Cornelia Pieper, Gisela Piltz, Dr. Günter Rexrodt, Marita Sehn, Dr. Max Stadler, Carl-Ludwig Thiele, Dr. Claudia Winterstein, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der FDP

Genfer Abkommen als Ausdruck zivilgesellschaftlicher Friedensinitiative unterstützen

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Friedensprozess im Nahen Osten ist in eine tiefe Krise geraten. Die mit großen Erwartungen begonnene Road Map hat bislang nicht zu einem Ende von Gewalt und Terror geführt. Dadurch sind die Hoffnungen der Menschen beider Seiten auf Frieden erneut enttäuscht worden.

In dieser Situation begrüßt der Deutsche Bundestag die zivilgesellschaftliche Initiative von Israelis und Palästinensern, die unter Führung von Yossi Beilin und Abed Rabbo den Entwurf eines Friedensvertrages ausgehandelt haben, der am 1. Dezember 2003 in Genf offiziell vorgestellt wurde.

Diese Initiative hat in der israelischen und palästinensischen Gesellschaft und in der internationalen Gemeinschaft ein großes Echo ausgelöst.

Zum ersten Mal wurden detaillierte Vorschläge zur Lösung der wichtigsten Streitpunkte vorgelegt. Beiden Seiten werden schmerzliche Kompromisse abverlangt, aber auch langfristige Entwicklungsperspektiven geboten.

Der Deutsche Bundestag betont ausdrücklich, dass diese Vorschläge ohne repräsentatives Mandat ausgehandelt wurden und für keine Regierung bindend sein können. Das Genfer Abkommen präjudiziert in keiner Weise eine offizielle Friedensregelung.

Der Deutsche Bundestag ermutigt aber ausdrücklich die palästinensische Autonomiebehörde und die israelische Regierung, konkret zu den ausgehandelten Punkten Stellung zu nehmen.

Die Genfer Initiative beschreibt keinen Gegenentwurf zur Road Map, sondern eine Konkretisierung der dort noch nicht geklärten Punkte. Das Quartett sollte deshalb überlegen, wie dieser konstruktive Ansatz im Rahmen der Road Map aufgegriffen werden kann.

Die Initiative macht deutlich, dass es eine Kompromisslinie gibt, der Vertreter beider Seiten zustimmen können. Sie zeigt darüber hinaus, dass es auf beiden Seiten kompromissbereite Verhandlungspartner gibt.

Der Deutsche Bundestag gibt seiner Hoffnung Ausdruck, dass die Vorlage konkreter Regelungen Verhärtungen auf beiden Seiten aufbrechen und den Völkern eine Perspektive für ein friedliches Nebeneinander geben kann.

Der Deutsche Bundestag fordert das Europäische Parlament und alle Parlamente der gegenwärtigen und neuen Mitgliedstaaten der EU sowie der mit ihr assoziierten Staaten und der USA und Kanadas auf, diese Friedensinitiative ebenfalls zu unterstützen.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- die Initiative zu ergreifen, damit das Genfer Abkommen im Rahmen des Quartetts beraten wird;
- auf eine ausdrückliche Unterstützung dieser Initiative durch den Europäischen Rat hinzuwirken;
- dafür Sorge zu tragen, dass im Rahmen der EU-Projekthilfe für die Region diese und andere friedliche Ansätze zur Konfliktlösung besonders gefördert werden;
- in allen internationalen Organisationen für eine Unterstützung des Genfer Abkommens einzutreten;
- mit den Nachbarländern in der Region in einen Dialog über das Genfer Abkommen einzutreten;
- die Initiatoren bei den noch ausstehenden Verhandlungen über Detailfragen zu unterstützen.

Berlin, den 9. Dezember 2003

Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion